

Unverkäufliche Leseprobe



Bernd Greiner
Weißglut

Die inneren Kriege der USA – Eine Geschichte von 1900 bis heute

2025. 464 S., mit 30 Abbildungen
ISBN 978-3-406-83628-2

Weitere Informationen finden Sie hier:
<https://www.chbeck.de/38770026>

Bernd Greiner

WEIßGLUT

Bernd Greiner

WEIßGLUT

Die inneren Kriege der USA

Eine Geschichte von 1900
bis heute

C.H.Beck

Mit 30 Abbildungen

© Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG, München 2025
Wilhelmstraße 9, 80801 München, info@beck.de

Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.

Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werks
zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.

www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München
unter Verwendung von Adobe Firefly

Satz: Janß GmbH, Print- und Digitalmedien, Pfungstadt

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 83628 2



verantwortungsbewusst produziert
www.chbeck.de/nachhaltig
produktsicherheit.beck.de

Für Bettina

*Einmal mehr
und immer wieder*

Inhalt

Einblicke	9
WEGE INS «AMERIKANISCHE JAHRHUNDERT»	15
Streik!	17
Die «American Protective League»	35
Mobs und Meuten	59
ZWISCHEN DEN WELTKRIEGEN	83
Sozialisten und andere Dissidenten	85
Die «American Legion»	103
Falsche Propheten	132
BRÜCKENZEIT	155
Feindbild «New Dealer»	157
Phantomjäger auf Capitol Hill	170
Ein ständiger Gerichtshof	190
IM KALTEN KRIEG	221
Stop the Bomb!	223
Das «Committee on the Present Danger»	231
Fortsetzung folgt	260
DIE GEGENWART DER GESCHICHTE	291
Das große Hassen	293
Gotteskrieger	313
«Tea Party» im Trump-Land	328
Ausblick	363
Dank	369

Anmerkungen	370
Literatur	414
Quellen	434
Archive	437
Abkürzungen	439
Bildnachweis	443
Personen-, Orts- und Sachregister	444

Einblicke

«Es ist ein Krieg der Ideologie, ein Krieg der Ideen und ein Krieg um unsere Lebensweise. Und ich meine, dass er mit der gleichen Intensität und Hingabe ausgetragen werden muss wie ein Krieg, in dem geschossen wird.»¹

Paul Weyrich

Was ist bloß mit Amerika los? Wieso schießen Phantasien über einen neuen Bürgerkrieg ins Kraut? Woher kommt das Gift im politischen Betrieb? Das Lügen, Denunzieren und Dämonisieren, der Hass, das Misstrauen und die Unerbittlichkeit? Die ewige Trennung der Welt in Gut und Böse, Schwarz und Weiß, Freund und Feind? Die Umformatierung von Wahrheit zur Lüge und umgekehrt? Die Behauptung, dass es immerzu «um alles» geht? Das Verständnis von Politik als Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln?

Diese Fragen sind alles andere als neu, sie stellten sich schon an der Wende zum 20. Jahrhundert und seither Jahrzehnt für Jahrzehnt. Heute stehen sie erneut im Raum und erfordern angesichts eines raumgreifenden Trumpismus eine größere Aufmerksamkeit als je zuvor.

«We came unarmed (this time)» war auf einem selbstgefertigten Schild zu lesen, das ein Anhänger der «Tea Party» während einer Demonstration gegen die Regierung Obama grimmig in die Höhe hielt: «Wir sind unbewaffnet hierhergekommen – dieses Mal». Er war nicht allein. «I'll keep my guns / My Freedom & My Money / You can keep the «change»» war andernorts zu lesen, eine Ankündigung, dass man dem von Obama angekündigten Politikwandel die

Stirn bieten würde – unterlegt mit dem Hinweis auf zu Hause gehortete Waffen. «Ich bin verbittert. Ich besitze Waffen. Und ich gehe wählen», verkündete ein Dritter auf einem Plakat, das ein rechter Think Tank gesponsert hatte. Und so weiter und so fort. Zwischen 2009 und 2012 war mancher Beobachter geneigt, derlei als typischen Mummenschanz einer «lunatic fringe», der Durchgeknallten an der politischen Peripherie, zu sehen. Warum auch nicht, schließlich wurde der mit Gift und Galle übergossene Barack Obama mit großem Vorsprung im Amt bestätigt. Im Rückblick erscheinen diese Demonstrationen jedoch in einem anderen, trüberen Licht.

Heute wissen wir, dass damals ein Haufen Zunder geschichtet wurde und die Zeit für einen Brandstifter gekommen war.² Jedenfalls nahm Donald Trump bereits 2011 Witterung auf. «Ich denke, dass mich die Leute in der Tea Party mögen, weil ich für vieles stehe, was die Tea Party will.»³ Je mehr Zeit verging, desto sicherer konnte er seiner Sache sein. Anhänger der «Tea Party» schienen wie beerauscht von den Darbietungen eines Mannes, der Macht ausstrahlte und ihnen einen Rachefeldzug gegen alle versprach, die sie inbrünstig hassten – Einwanderer, Liberale, Schwarze, Sozialhilfeempfänger, Linke. «Ich war gierig. Ich bin Geschäftsmann», rief Trump ihnen 2016 zu. «Nehmen, nehmen, nehmen. Jetzt werde ich für die Vereinigten Staaten gierig sein. [...] Wir schweigen nicht länger. Wir sind die laute, lärmende Mehrheit. [...] Räumen wir mit politischer Korrektheit auf!»⁴ Aufräumen sollte heißen, so viele bundesstaatliche Behörden wie möglich abzuschaffen, elf Millionen Immigranten ohne gültige Papiere, vorweg Mexikaner, sofort zu deportieren und einen kompletten Einwanderungsstopp über Muslime zu verhängen. Klassenfragen aus dem Bewusstsein zu verdrängen und alles in das grelle Licht eines Kulturkampfes zu rücken, das war schon damals Trumps bevorzugtes Metier. Er hatte es nicht erfunden, wusste sich aber so gut wie kaum jemand sonst darin zu bewegen. Just darauf spielte er während einer Wahlkampfrede in Iowa an: «Ich könnte mitten auf der Fifth Avenue stehen und jemanden erschießen, ok, und ich würde keine Wähler verlieren. Das ist irgendwie unglaublich.»⁵ Es sollte witzig klingen und kam der Wahrheit doch sehr nah. Zumindest war es einer der seltenen Momente,

an denen Donald Trump nicht log. Die Geister, die ihn riefen, werden bleiben.

Das vorliegende Buch handelt von der Geschichte dieser Gegenwart. Oder von der Gegenwart der Geschichte. Im Mittelpunkt steht das Innenleben der Vereinigten Staaten von 1900 bis heute – und der Versuch, Vertrautes abseits der üblichen Trampelpfade und aus ungewohnter Perspektive neu zu erzählen.

Die Bühne gehört Bürgerinnen und Bürgern, die in Eigenregie Politik machten – selbstermächtigt, unabhängig von Parteien und außerhalb des Parlaments. Sie schlossen sich in der «American Protective League» oder der «American Legion» zusammen, sie hatten keine Scheu vor Bündnissen mit dem «Ku Klux Klan» und anderen Gewalttätern, sie verlegten Schriften wie «Firing Line» oder «COUNTERATTACK», sie betrieben im «Committee on the Present Danger» Innenpolitik mit außenpolitischen Fragen, sie finden Wiedergänger bis zum heutigen Tag – lautstark und selbstbewusst, stets auf der Jagd nach Unangepassten, Widerständigen und Auffälligen. Oder, in ihrer Diktion, nach Monstern, die es zu erlegen gilt – siehe die Gotteskrieger der religiösen Rechten, siehe die «Tea Party», siehe die gewalttätigen Milizen, die am 6. Januar 2021 das Kapitol stürmten und die Bestätigung der Wahl von Joe Biden zum neuen Präsidenten verhindern wollten.

Ein bunter Haufen, gewiss, Ad-hoc-Gruppen, die mal hier, mal da auf die Pauke hauten und dann wieder abtauchten. Und doch gibt es frappierende Gemeinsamkeiten, auf den ersten Blick unsichtbare Brücken, die sie miteinander verbinden und als Akteure eigener Art ausweisen. Wissend um ihre Rolle als politischer Unterbau, verschafften sie sich Gehör nach Belieben. Und einer Vetomacht ähnlich, setzten sie das Land unter Spannung, drückten ihrer Zeit mitunter auch ihren Stempel auf. Weil sie es mit Erfolg darauf anlegten, die Mehrheit vor sich herzutreiben, lässt sich sagen: Ihr Ganzes war und ist mehr als die Summe seiner Teile.

Erstens rekrutierten sie Mitglieder und Anhänger aus der Mitte der Gesellschaft. Freiberufler, Lehrer, Geistliche, Juristen, Arbeiter, Ärzte, Intellektuelle, Wissenschaftler, alle, die gemeinhin als Rückgrat einer Gesellschaft bezeichnet werden, fanden bei ihnen einen

politischen Platz. Der Applaus führender Medien war so sicher wie die finanzielle Unterstützung industrieller Gönner, zumal es an ihrem sattelfesten «Amerikanismus» keinen Zweifel gab. Sie waren gläubige Patrioten und engagierte Christen, bereit, für Gott und Vaterland aufs Ganze zu gehen, selbst um den Preis der Aufkündigung demokratischer Tugenden wie Toleranz oder Respekt vor der Freiheit Andersdenkender. Und weil sie sich selbst für das Maß aller Dinge hielten, legten sie in der Praxis ein maßloses Verhalten an den Tag – wie zur Bestätigung des bereits unter Zeitgenossen geläufigen Vorwurfs, dass man es mit Extremisten der Mitte zu tun hatte.

Zweitens machten sie ein Recht und eine Pflicht zur Selbstermächtigung geltend. Getragen von einem tiefen Misstrauen gegen Staat und Parteien, also gegen politische Repräsentation, predigten sie das Dogma einer direkten Demokratie: Freie Bürger sorgen selbst für Ordnung und Gerechtigkeit, sie sind die Gärtner im Wildwuchs des Sozialen, sie achten stets darauf, dass nach ihrer Fassung den Erfordernissen der allgemeinen Wohlfahrt Genüge getan wird. Und weiter: Sollte der Staat bei der Erfüllung seiner Aufgaben überfordert sein, helfen sie ihm gerne aus der Bredouille – aber nicht wie Untertanen, sondern als «watchdogs» mit der Lizenz zu eigenständigem Handeln.

Drittens hielten sie die strikte Unterscheidung von Freund und Feind für das Wesen aller Politik. «Wir» oder «Sie», «Die» gegen «Uns», der Manichäismus bestimmte die Agenda, ganz so, als bedürfe es der Identifikation von Feinden und der Gegenwart des Teufels, um zu wissen, wer man selbst ist oder sein will. Die Gefahr schien unentwegt ernst und akut, durchweg galt das Verlangen nach drastischen Gegenmitteln, die sofort verabreicht werden mussten – eingedenk der Überzeugung, dass geringfügige Friktionen das gesamte gesellschaftliche und politische Gefüge zum Einsturz bringen könnten. Welche Maßnahmen zur Abwehr der «Bösen» ergriffen wurden, hing von den konkreten Umständen ab. Einschüchterung und Drohung gehörten dazu, manchmal Gewalt und immer der bellende Vorwurf, «un-amerikanisch» zu denken oder – was auf dasselbe hinauslief – die «nationale Sicherheit» zu schädigen. Über

allem aber thronte die Maxime, dass wahre Macht auf der Angst der anderen beruht. Und dass Verunsicherung und Furcht, die Erfahrung, dass alles möglich sein kann, nebst der Erwartung, dass nichts auszuschließen ist, den größten Gewinn abwerfen.

Viertens verkoppelten sie die Feindfixierung mit einer zivilreligiösen Überhöhung der eigenen Geschichte. Für die einen hatte das menschliche Streben nach Freiheit in der amerikanischen Form der schrankenlosen Anhäufung von Kapital seine Erfüllung gefunden, für andere stand ebenso unerschütterlich fest, dass die USA zum natürlichen Hüter der internationalen Ordnung berufen waren – alles auf Gottes Wunsch und mit seiner Hilfe, versteht sich. Diese Entschiedenheit bekamen jene zu spüren, die Zweifel an der Sakralisierung des Bestehenden hegten – streikende Arbeiter, Gewerkschafter, Sozialdemokraten, Sozialisten, Kommunisten, Bürgerrechtler, Pazifisten. Deren Auftreten haftete das Gallige eines Sakrilegs und das Ruchlose des Verrats an. Und bei der Verteidigung gottgewollter Fügungen bedurfte es einer freien Hand, weil man sich im Fall eines Scheiterns an Gott versündigen würde – eine Haltung mit dem wohl größten Resonanzboden in Amerikas politischer Kultur.

Fünftens waren sie Hilfstruppen der Macht – der «powers that be» in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, wie es im Amerikanischen heißt. Damit ist einerseits der übliche Standard politischer Kooperation gemeint: das gemeinsame Beackern der Öffentlichkeit, Lobbyarbeit, Unterstützung in Wahlkämpfen. Andererseits ging es auch um wesentlich Direkteres, um Aufträge aus dem Justizministerium, um freiwillige Dienste für das FBI, um Beratertätigkeiten für Ministerien und schließlich um die Berufung in hohe Regierungsämter. Letzteres verkürzte den Weg zum letztendlichen Ziel, herrschaftskritische Ideen unter Quarantäne und unangepasste Geister unter Feindverdacht zu stellen.

«It's all about power, stupid!» Für die hier vorgestellte Analyse ist dieser Satz maßgeschneidert. Der Kampf um Macht ist das Alpha und Omega, er beschreibt den Anfang, auf ihn läuft alles Weitere zu – auf die eigene Macht, die Schock und Furcht verbreitet, auf die Restauration von Macht trotz Anfechtungen im Inneren wie im Äußeren. Demgegenüber ist der analytische Wert von Begriffen wie

«Paranoia», «Wut» oder «Hysterie» begrenzt, sie werten psychische Befindlichkeiten auf und politische Interessen ab. Aber just auf Letztere kommt es an, sie führen die Hand der Einpeitscher, deren Geschäft es ist, andere mit einer Sturzflut von Horrorszenarien zu verängstigen und gefügig zu machen.

Ein Nachdenken über die Frage, was mit Amerika los ist, sollte also in der extremen Mitte ansetzen. Sie hält das Land seit gut einem Jahrhundert in Beschlag – mit und ohne «soziale Medien», mit und ohne Rückhalt aus Parteien, mit und ohne Scharfmacher von höchster Stelle. Sie ist das politische Metronom des Landes.

Geschichte kennt keine Zwangsläufigkeit. Wohl aber Voraussetzungen, die bestimmte Entwicklungen begünstigen und andere unwahrscheinlich machen. In diesem Sinn waren die Jahrzehnte zwischen dem ausgehenden 19. Jahrhundert und dem Ende des Ersten Weltkrieges ein Urknall, dessen Echo bis in die Gegenwart nachhallt. Mit Hilfe gutbürgerlicher Extremisten wurde damals der klassenbewussten Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung das Rückgrat gebrochen, eingedenk einer in den Südstaaten erprobten Maxime: Man muss nicht sehr viele Sklaven auspeitschen, um die Mehrheit auf der Plantage in Reih und Glied zu halten. So war zugleich der Traum einer linken Partei, eines Gegengewichts zu Demokraten und Republikanern, ausgeträumt. Linke Sozialdemokraten und Sozialisten, von Kommunisten erst gar nicht zu reden, bekamen nie wieder festen Boden unter die Füße, man hatte die «Roten» – «hausgemachte Anti-Amerikanisten», wie man sie damals nannte und in bestimmten Kreisen noch immer nennt – das Fürchten gelehrt, bevor man sich vor ihnen hätte fürchten müssen. Die Bedeutung dieser politischen Flurbereinigung kann nicht hoch genug veranschlagt werden. Und deshalb steht am Anfang dieses Buches ein heute fast vergessener Kampfbund militanter Patrioten im Mittelpunkt: die «American Protective League».

**WEGE INS
«AMERIKANISCHE JAHRHUNDERT»**



Dienstmarke der American Protective League.

«Seit zwanzig Jahren hatte Mr. Fenchel in Salinas eine Maßschneiderei. [...] Kein Mensch hatte sich bei seinem Akzent etwas gedacht, bis der Krieg kam, und da wussten wir auf einmal Bescheid. [...] Jetzt hatten wir unseren Privatfeind. Dass er sich an Kriegsanleihen bankrott kaufte, half ihm gar nichts. Das war ja wohl eine gar zu bequeme Tarnmaßnahme.»¹

John Steinbeck

«Vom Bombenleger bis zu dem Typen, der im September mit einem Strohhut rumläuft – Bolschewiken sind sie alle.»²

«Chicago Evening Post»

Streik!

Das Wort hat der Bürgermeister von San Francisco. «An den Vorsitzenden des Komitees für Recht und Ordnung der Handelskammer von San Francisco, 24. August 1917. Sehr geehrter Herr [Frederick J. Koster]. Ihr hysterisches Telegramm [...] wurde mir zugestellt. Erlauben Sie mir als Erstes den Hinweis, dass weder Sie noch das Komitee für Recht und Ordnung der Handelskammer [...] befugt sind, mich oder die Polizei dieser Stadt in irgendeiner Weise zu befehlen. Weit gefehlt. Die Haltung und die Aktivitäten von Ihnen und Ihrer speziellen Gruppe haben meiner Meinung nach viel dazu beigetragen, die Arbeitsunruhen und den Klassenhass [...] zu befeuern, die diese Gemeinschaft in letzter Zeit erschüttert haben. [...] Zweifellos sind Sie enttäuscht, dass die Polizei noch keine Maschinengewehre auf die Menschenmengen in unseren Straßen gerichtet und ein paar Dutzend Streikende getötet hat. [...] Es ist bedauerlich, dass so viele Personen wie Sie in diesem Lande so unheilbar dumm und ahnungslos in den Belangen von Wirtschaft und Industrie sind. [...] Die Welt verändert sich um Sie herum, aber Sie und Ihresgleichen verstehen es ebenso wenig wie der Zar verstand, was mit ihm und Russland geschah, bis alles vorbei war. [...] Sie glauben immer noch, dass die Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft mit Polizeigewalt erstickt werden kann. Zum Glück haben wir es nicht nötig, Sie und Ihr Komitee für Recht und Ordnung derart ernst zu nehmen, wie Sie sich selbst nehmen.»³

Der Verfasser dieses Schreibens war James Rolph Jr., von 1912 bis 1931 Bürgermeister von San Francisco, millionenschwerer Reederei und Banker, Mitglied der Republikanischen Partei. «Sunny Jim», wie ihn seine Freunde nannten, bezog damit Stellung in einem seit Jahren tobenden Klassenkrieg in Kalifornien. Auf der einen Seite kämpften Arbeiter für das Recht, sich gewerkschaftlich organisieren

und mit ihren Interessenvertretern im Rücken streiken zu dürfen. Dagegen machten führende Unternehmen mobil, vorweg die «United Railroads Company» und die «Pacific Gas & Electric Company». Die Industrie- und Handelskammer von San Francisco sammelte eine Million Dollar – knapp 24 Millionen Dollar in heutiger Währung – für die Kriegskasse der Arbeitgeber. Und das für nur einen einzigen Zweck: die Gründung von Gewerkschaften unterbinden, Aktivisten als Gesetzesbrecher kriminalisieren und zwecks Abschreckung von Gleichgesinnten zu langen Haftstrafen verurteilen. Dafür war so gut wie jedes Mittel recht. Man heuerte Privatdetektive und bewaffnete Schlägertrupps als Streikbrecher an, es wurden Gerichtsverfahren mit gekauften Juroren angestrengt, Beweismittel gefälscht und Zeugen zur Denunziation angestiftet, man übte Druck auf Politiker aus und sorgte für den Einsatz von Polizei und Militär. Dies alles in einem Umfang, dass alsbald von einem «Frame-Up System», von ausgeklügeltem Betrug und orchestrierter Repression, die Rede war.

In die Falle des «Frame-Up» waren Gewerkschafter und Sozialisten seit Jahrzehnten verlässlich getappt. Im Jahr 1916 erwischte es Thomas Mooney, Warren K. Billings, Edward D. Nolan, Rena Mooney und Israel Weinberg. Sie wurden beschuldigt, erst drei Strommasten der «United Railroads Company» gesprengt und dann – während der «Preparedness Parade», einer patriotischen Kundgebung in San Francisco am 22. Juli – eine Bombe gezündet, zehn Menschen getötet und Dutzende verletzt zu haben. Bis heute ist unklar, wer diese Verbrechen aus welchen Gründen und mit welcher Absicht verübte. Doch der Distriktstaatsanwalt ließ im «Strommasten-Prozess», unterstützt von Fürsprechern aus Industrie und Medien, keine Zweifel gelten. Mit fingierten Indizien sollten die Angeklagten überführt werden, Billings und Weinberg wurden von Mittelsmännern 5000 Dollar für belastende Informationen über Thomas Mooney angeboten, eine für damalige Verhältnisse gewaltige Summe. Die Bestechungsgelder verfangen nicht, und als die Beschuldigten lückenlose Alibis vorlegen konnten, hatte sich das erste Verfahren erledigt.

Jedoch wurden Mooney und Billings Ende Februar 1917 wegen

des Anschlags vom 22. Juli 1916 zum Tode durch den Strang verurteilt – auf Grundlage fabrizierter Beweise und mittels einer gekauften Jury. Dass die Verteidigung kurz darauf den Hauptzeugen der Anklage des Meineids überführen konnte, brachte das Lügengebäude endgültig zum Einsturz. Die Todesurteile wurden danach aufgehoben, aber sämtliche Anträge auf ein Wiederaufnahmeverfahren liefen ins Leere. Mooney und Billings schmorteten 23 Jahre im Hochsicherheitsverlies San Quentin, ehe sie nach massiven Protesten im In- und Ausland begnadigt wurden. Seine Rehabilitation, 1961 vom Gouverneur Kaliforniens ausgesprochen, erlebte Mooney nicht mehr. Immerhin bestätigte sie posthum die Aussage eines Geschworenen aus dem Attentatsprozess: «Er wurde einzig wegen seiner mutmaßlichen Vergangenheit [als Rädelsführer bei Streiks] schuldig gesprochen.»⁴

Dessen ungeachtet setzte die Industrie- und Handelskammer von San Francisco ihre gewerkschaftsfeindlichen Kampagnen im Sommer 1917 fort, bezichtigte die Stadtverwaltung, als Hüter des Gemeinwohls versagt zu haben und Amerikas Todfeinden in die Hände zu spielen. So bemerkenswert die geharnischte Reaktion von Bürgermeister James Rolph war, sie hinterließ bei den Adressaten keine Wirkung. Eben deshalb ist der Vorgang aufschlussreich. Er führt zum innenpolitischen Glutkern Amerikas jener Epoche – zu einem mit erbarmungsloser Härte geführten Klassenkampf.

Ausbeutung und Widerstand im «Vergoldeten Zeitalter»

Dieser Teil der Geschichte beginnt im späten 19. Jahrhundert, im viel besungenen «Vergoldeten Zeitalter» des amerikanischen Kapitalismus. Damals wurde es Usus, die junge Arbeiterbewegung durch private und staatliche Eingriffe auf jede erdenkliche Art und Weise kleinzuhalten. Von Unternehmern eingeschleuste Spitzel sammelten in Betrieben und bei Gewerkschaftsversammlungen Eindrücke über die allgemeine Stimmungslage und protokollierten Anzeichen aufkeimender Proteste. Streikbrecher, die «Söldner des Kapitalismus»⁵, standen zu Tausenden bereit, um jederzeit quer durch das Land verschickt zu werden, hier und da in Sonderzügen von einem

Brennpunkt zum anderen. Gleichfalls kamen «agents provocateurs» zum Einsatz. Ihr Auftrag: schwelende Konflikte nach Kräften schüren und Vorwände für repressive Interventionen liefern. Allerdings war die Lage der arbeitenden Klasse dermaßen erbärmlich, dass es keiner Anstiftung von außen bedurfte, um die Ausgepressten in Stahlwerken und Kohleminen, auf Werften und in Textilfabriken, in der Landwirtschaft, auf Ölfeldern und beim Gleisbau zur Gegenwehr zu treiben. Manchmal genügte ein Funke zum Ausbruch ihrer lang aufgestauten Verzweiflung und Wut: neuerliche Schikanen hier, vermeidbare Arbeitsunfälle dort, das Anwerben von Lohn-drückern, die aus den Armenhäusern Europas und Asiens ins Land strömten und als hungrige Habenichtse eine industrielle Reservearmee bildeten.

Gemessen an den Forderungen – es ging um Löhne, Wochenarbeitszeit und Arbeitsschutz – fielen die Antworten maßlos überzogen aus. Zwecks Disziplinierung der Unzufriedenen kamen staatliche Gewaltinstrumente unterschiedslos zum Einsatz, also Justiz, Polizei, Milizen der Länder und Soldaten des Bundes. Allein die Nationalgarde rückte zwischen 1870 und 1917 mehr als hundertmal gegen streikende Arbeiter aus. Ein offenes Geheimnis war, dass auf den Lohnlisten mancher Unternehmer ganze Abteilungen der lokalen Polizei standen, kostengünstige Stoßtruppen zum Niederknüppeln von Aufsässigen. Als «Government by Gunmen» war diese Praxis des Regierens aus Gewehrläufen gerade dort verschrien, wo sie fast schon zum Alltag gehörte – in den Staaten Washington, Oregon, Oklahoma, Kansas, Michigan, Montana, Arizona, Pennsylvania und Rhode Island.⁶ Private Sicherheitsfirmen, allen voran die Pinkerton National Detective Agency, sowie auf eigene Rechnung mobilisierte Bürgerwehren nahmen Streikende ihrerseits ins Visier und terrorisierten deren Umfeld nach Belieben – Auftragsmorde mit stattlichem Honorar eingeschlossen.

Dieser hybride Machtapparat gab dem amerikanischen Kapitalismus in der Blüte seiner ersten Raubtierphase ein einzigartiges Profil. Und er erklärt, weshalb Arbeitskämpfe in den USA blutiger waren als irgendwo sonst in der hochindustrialisierten Welt. Niemand hat die Opfer je gezählt. Genaue Angaben gibt es nur für ein-

zelne Zeitfenster, etwa für die Jahre 1902 bis 1904, als 200 Arbeiter und Gewerkschafter ums Leben kamen, zu Tode geprügelt oder erschossen von Militär, Werksschutz und auf Selbstjustiz geeichten Zivilisten.⁷

Die Vereinigten Staaten waren damals auf dem Sprung zur ökonomischen Weltmacht. Rohstoffe wurden mehr denn je gefördert, die verarbeitende Industrie expandierte rasant und die industriell relevante Infrastruktur wurde in atemberaubendem Tempo ausgebaut. Bereits in den 1880er Jahren war die Hälfte des weltweiten Schienennetzes zwischen New York und San Francisco verlegt worden, Lebensadern für die Verteilung von Stahl, der hauptsächlich im Mittleren Westen produziert wurde und bereits ein Drittel des weltweiten Angebots ausmachte. Ursache wie Folge dieser Dynamik war eine extreme Machtkonzentration. Monopole und Trusts dominierten die Schlüsselindustrien, Großbanken beherrschten den Kapitalmarkt in einer Weise, dass das böse Wort von einem «neuen Feudalismus» umging. Einerseits passte dieses Etikett, verfügte doch eine winzige Geldaristokratie über zwei Drittel des wirtschaftlichen Reichtums. Andererseits konnte von einer für den Feudalismus typischen sozialen Fürsorge keine Rede sein. Die Kosten wirtschaftlicher Rückschläge und zeitweiliger Depressionen wurden gemeinhin auf die Schwachen abgewälzt, mit Lohnkürzungen bis zu 50 Prozent oder verlängerten Arbeitszeiten, mitunter durch beides.⁸

Der märchenhafte Reichtum des «Vergoldeten Zeitalters» floss aus vielen Quellen. Aber ohne schamloseste Ausbeutung hätte es ihn nicht gegeben. Gut ein Drittel der Bevölkerung lebte an der Armutsgrenze, die meisten Arbeiterfamilien konnten sich nur über Wasser halten, weil Frauen und Kinder ebenfalls zu Hungerlöhnen schufteten. «Ich habe viele Frauen sagen hören, sie wären lieber tot als lebendig», meinte ein Arbeiter im Gespräch mit einem Senator aus Washington. «Ich weiß nicht, was los ist, aber irgendetwas läuft schief.» Besucher aus Übersee reagierten fassungslos. Zum Beispiel Eleanor Marx, die jüngste Tochter von Jenny und Karl Marx, die zu dieser Zeit mit ihrem Mann die USA bereiste: «Wir haben in englischen Fabrikstädten gelebt und wissen etwas über englische Fabrikarbeiter. Aber wir können mit Fug und Recht behaupten, dass

wir im englischen Manchester noch nie derart erschöpfte und entwürdigte Frauen gesehen haben, mit von Hunger ausgemergelten Wangen, mit so viel Not und Leid in den Augen, wie die Frauen, die wir in New Hampshire zu ihrer Arbeit stapfen sahen.»⁹

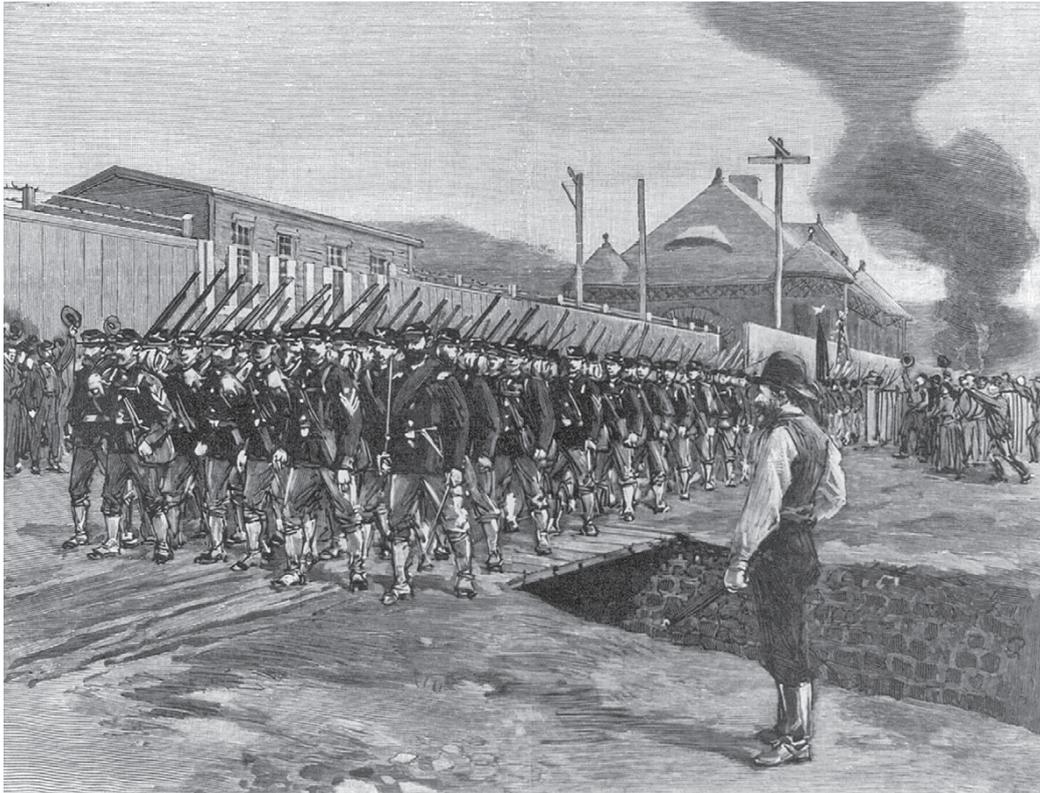
Gründe für wütenden Aufschrei gab es also zuhauf. Und die Wut suchte sich ihren Weg. Zeitgenossen sprachen von «labor wars», von Kriegen zwischen Kapital und Arbeit. 1875 machten Kumpel im Steinkohlerevier von Pennsylvania den Anfang, erst an der Seite der «Workingmen's Benevolent Association» und dann zusammen mit den «Molly Maguires», angeblich einem «Geheimbund» irischer Minenarbeiter, der aber weder geheim noch ein Bund war, sondern eine aus der Not geborene Gruppe versprengter Aktivisten. Weil die Gegenseite mit ihnen leichtes Spiel hatte, glaubten viele bereits an eine Lösung des «Arbeiterproblems». Weit gefehlt. Im Juli 1877 begannen Eisenbahnarbeiter in Maryland und Ohio einen Streik, der sich binnen weniger Wochen bis nach Kalifornien und Oregon ausweitete und erst im September endete. Unter dem Eindruck der «Großen Revolte» nahm die Kampagne für den Achtstundentag Fahrt auf, allein am 1. Mai 1886 gingen landesweit 350 000 Menschen auf die Straße und legten für einen Tag die Arbeit nieder.

So wuchtig diese Auftritte waren, im Nachhinein erscheinen sie wie der Auftakt für noch härtere Konfrontationen in den frühen 1890er Jahren – darunter der Streik von Stahlkochern im Carnegie-Werk von Homestead nahe Pittsburgh, vor allem aber der Arbeitskampf bei der «Pullman Company», dem Hersteller legendärer Schlafwagen der Luxusklasse. Nicht genug damit, dass der Aufstand gegen Pullman im Sommer 1892 andernorts eine Welle von Sympathiestreiks auslöste, er wurde außerdem von der «American Railway Union» gestützt, einer neuen Gewerkschaft, die mit einem alten Anliegen Ernst machte – Gelernte, Ungelernte und Angelernte eines ganzen Industriezweigs unter einem Dach zu organisieren und die Aufsplitterung in ortsgebundene Verbände von Facharbeitern zu überwinden.

Auf die ersten Gehversuche der neuen Arbeiterbewegung reagierte Wirtschaft und Staat mit kompromissloser Härte. Viele Ungereimtheiten in dieser Geschichte können vermutlich nie geklärt

werden, besonders die Rolle von «agents provocateurs». Und zwar aus einem einfachen Grund: Es wurde nicht nur viel Geld für deren Engagement ausgegeben, sondern auch ein enormer Aufwand für das Verwischen ihrer Spuren betrieben. Dass sie Streikbereite zu unbedachten Aktionen animieren und in aussichtslose Kämpfe führen wollten, steht fest. Strittig ist, wo und wie oft sie Sprengstoff, Gewehre und Munition deponierten, belastendes Material, das anschließend in Strafprozessen gegen Arbeiterfunktionäre verwendet werden konnte. So steht hartnäckig die Vermutung im Raum, dass der Bombenschlag am Chicagoer Haymarket vom 4. Mai 1886 von der Polizei eingefädelt wurde – um die Kämpfe für den Achtstundentag als Machwerk ausländischer Terroristen erscheinen zu lassen.¹⁰ Lückenlos dokumentiert ist hingegen der Einsatz von Polizei, Milizen und Bürgerwehren, die mal mit Säbeln auf Streikende eindroschen, mal wahllos in Menschenmengen feuerten und hier und dort stundenlange Feldschlachten anzettelten – wie im Sommer 1877, als in Chicago ungefähr 50 Tote und nahezu 100 Verletzte zu beklagen waren, oder 1892 während des Homestead-Streiks. Zur Niederschlagung der «Großen Revolte» der Eisenbahnarbeiter wurden erstmals Bundestruppen eingesetzt, ein Dammbbruch, wie die Belegschaft der «Pullman Company» Jahre später ebenfalls erfahren sollte. Auf sie ließ man Soldaten los, die bereits in Indianerkriegen gegen die Sioux, Arapahoe und Cheyenne gewütet hatten und jetzt mit der gleichen Entschlossenheit gegen «Rothäute» anderer Art vorgingen.¹¹

Eine auf Dauer noch schärfere Klinge führte die Justiz. Für das Gros der Richter galt in wirtschaftlichen Fragen ein ehernes Gesetz: Privateigentum ist bedingungslos zu schützen, regulierende Eingriffe darf es nicht geben, jedwede Einschränkung schadet dem Gemeinwohl. Was konkret bedeutete, dass es Unternehmern freistand, Gewerkschaftsmitglieder nicht einzustellen oder Arbeiter sofort zu entlassen, die sich einer Gewerkschaft anschließen wollten. Diesbezüglich durfte sogar ein «ironclad oath», eine bedingungslose Verzichtserklärung, abverlangt werden. Die wirksamste Waffe zur Durchsetzung unternehmerischer Freiheiten aber waren einstweilige Verfügungen, sogenannte injunctions. Egal, wann, wo und wes-



Truppenaufmarsch am Carnegie-Werk in Homestead, 12. Juli 1892.

wegen gestreikt wurde, sie kamen ständig zum Einsatz und deklinierten einen ohnehin dehnbaren Tatbestand nach allen Regeln juristischer Spitzfindigkeit – den Vorwurf der Verschwörung. Unzählige Arbeiter und Gewerkschafter standen vor Gericht, weil sie vorgeblich Machtkartelle aufgebaut und mittels klandestiner Verabredung den Wettbewerb und Handel von Dritten blockiert hatten, sei es zu Lasten einzelner Betriebe, sei es zu Lasten der Allgemeinheit. So konnte jedes noch so hanebüchene Ansinnen als Notwehr gegen gemeingefährliche «Verschwörer» dramatisiert werden. Gegen diese Kriminalisierung war kein Kraut gewachsen, wie die Verurteilung führender Arbeiterfunktionäre, unter ihnen Eugene V. Debs von der «American Railway Union», zu mehrmonatigen Haftstrafen zeigt.¹²

Justizterror tat ein Übriges zur Einschüchterung und Abschreckung. Von den «Molly Maguires» mussten sich über 60 wegen Mordes an Grubenmanagern, Aufsehern und Polizisten verantworten,

20 wurden zum Tode verurteilt und zwischen Juni 1877 und Januar 1879 hingerichtet. Hundert Jahre später bestätigte die Regierung des Bundesstaates Pennsylvania, was Zeitgenossen von Anfang an beklagt hatten: Beweise waren gefälscht und Zeugen bestochen worden, die Richter erlagen dem sozialen Druck von Grubenbesitzern, womöglich auch monetären Verlockungen.¹³ Ähnliches musste der Gouverneur von Illinois nach einem anderen Justizmord einräumen. Im November 1887 waren vier Anarchisten wegen des Bombenanschlags am Chicagoer Haymarket gehängt worden – keinen hatte man überführen können, den Ausschlag gab einzig ihre Gesinnung, wie der Staatsanwalt in seinem Schlussplädoyer einräumte. «Das Recht steht auf dem Prüfstand. Der Anarchismus steht vor Gericht. Diese Männer [...] sind angeklagt worden, weil sie Anführer waren. Sie sind nicht mehr oder weniger schuldig als Tausende andere aus ihrer Gefolgschaft. Meine Herren Geschworenen, sprechen Sie diese Männer schuldig, statuieren Sie Exempel an ihnen, verurteilen Sie sie zum Tod durch den Strang – und Sie retten unsere Institutionen, unsere Gesellschaft.»¹⁴ Dieses Appells hätte es nicht bedurft. Auch hier saßen Männer in der Jury, die keinen Hehl daraus machten, dass die Angeklagten aus politischen Gründen den Tod verdienten, die Ankläger schreckten vor keiner Manipulation zurück, und der vorsitzende Richter prahlte vor und nach dem Urteil mit seiner Befangenheit. «Wenn ich das Gesetz ein wenig überstrapaziert habe, sollte ich dafür gelobt werden. [...] Wer die Bombe geworfen hatte, spielt keine Rolle.»¹⁵

An öffentlicher Sympathie für die Arbeiterbewegung fehlte es keineswegs. Die obszöne Anhäufung von Reichtum in wenigen Händen sorgte ebenso für Empörung wie die von «muckrakers», den investigativen Journalisten und Schriftstellern jener Zeit, aufgedeckten Korruptionsskandale in Politik und Wirtschaft. Wenn es gegen die großen Eisenbahngesellschaften ging, konnten Streikende erst recht auf breiten Rückhalt in der Bevölkerung setzen, so groß war die Wut über den Landraub im Zuge des Gleisbaus und über willkürliche Transporttarife zu Lasten mittelständischer Betriebe. Weil sich Bürger Pittsburghs ihnen entgegenstellten, mussten Militäreinheiten während der «Großen Revolte» der Eisenbahnarbeiter



Militäreinsatz gegen Streikende, Lawrence, Massachusetts, circa 1912.

zeitweilig den Rückzug antreten, mancherorts solidarisierten sich Milizen mit den Widerständlern und boten ihnen Waffen an. Und selbst in der Presse gab es ab und an Widerspruch gegen die branchenübliche Verteufelung von Gewerkschaften – bis hin zu dem Vorwurf an die Adresse von Stahlmagnaten, sie würden den Homestead-Streik als Vorwand für einen «Vernichtungskrieg» gegen die organisierte Arbeiterschaft nehmen.¹⁶

Dennoch standen die Sieger in diesem ungleichen Kräftemessen von vornherein fest. Den Streikenden fehlten schlicht die Mittel für einen monatelangen Arbeitskampf. Vom Hunger getrieben, kehrten sie zu der alltäglichen Fron zurück, ohne auch nur eine ihrer Forderungen durchgesetzt zu haben. Es blieb bei zum Teil drastisch reduzierten Löhnen, gegen den «American Plan» – also das selbstverordnete Recht von Unternehmern, allenfalls mit Gewerkschaften ihrer Wahl zu verhandeln – war kein Ankommen, Maßnahmen für Arbeitsschutz kamen nicht infrage. Vereinzelte Zugeständnisse bei der Wochenarbeitszeit änderten an dieser Bilanz wenig, sie konnten jederzeit rückgängig gemacht werden, weil die Kraft zur Gegen-

wehr gebrochen war. Die «Workingmen's Benevolent Association»? Die «Miners' National Association»? Die «Molly Maguires»? Aufgelöst. Die «Amalgamated Association of Iron and Steel Workers»? Die «American Railway Union»? Nur noch auf dem Papier existent, mit Mitgliederzahlen, die für die nächsten 20 Jahre auf niedrigstem Niveau stagnierten und noch nicht einmal den Gedanken an Widerstand aufkommen ließen. Genau darauf hatten es die großen Unternehmen angelegt: Allen das Rückgrat zu brechen, die ihre Interessen selbst in die Hand nahmen – demonstrativ, kompromisslos und vorbeugend. Vom Dachverband der Facharbeiter, der «American Federation of Labor», war eine Störung des Industriefriedens sowieso nicht zu erwarten. Die Verbandsführung trat handzahmer denn je auf, schien geradezu gelähmt von der Furcht, dass sich die geballte Macht von Staat und Kapital irgendwann auch gegen sie richten könnte.

Feindbilder

Vor diesem Hintergrund entfaltete sich ein dreipoliges Feindbild. Seitdem geht erstens die Klage über «un-amerikanische Umtriebe» um, genährt von der fixen Idee, dass Gesellschaftskritik ihre Wurzeln im Ausland hat und vorzugsweise aus Europa importiert wird – aus dem Milieu von Sozialisten und Anarchisten, das weder Maß noch Mitte kennt und deshalb wiederholt ins Terroristische abdriftet. Wenn etwa die «New York Times» Streiks als «komplett un-amerikanisch» denunzierte, bemühte sie ein Bild fallender Dominos: Anfänglich steht die Autorität von Unternehmern, dann die Verfassung des Staates und letztendlich das Schicksal der Zivilisation auf dem Spiel. Siehe Frankreich in den Wirren seiner diversen Revolutionen, siehe Paris in den Jahren der Kommune.¹⁷ Zweitens machte das aus der Juristerei bekannte Konstrukt der «Verschwörung» Karriere. Was Präsenz und Giftigkeit angeht, kann es dieser Kampfbegriff mit allen Losungen politischer Kriegsführung aufnehmen: Unfähig, auf dem freien Marktplatz der Ideen zu bestehen, arbeitet der Verschwörer im Verborgenen und attackiert heimtückisch aus dem Hinterhalt. Er kennt weder Rücksichten noch

Regeln, er ist ein Verräter, ein Krimineller – und damit noch schlimmer als jeder Feind, denn seine Absichten und Taten sind unverzeihlich. Womit drittens eine Lizenz zur Selbstjustiz ausgestellt wird. Ihr redeten Leitartikler, Geistliche und Politiker während des Pullman-Streiks das Wort: «Einen einzigen zur rechten Zeit erschießen, rettet das Leben von Zehntausenden in der Zukunft.»¹⁸ Ein elender Satz, aber von durchschlagender Wirkung weit über diesen Anlass hinaus.

«Die organisierte Arbeiterschaft kennt nur ein Gesetz, und das ist das Gesetz der physischen Gewalt – das Gesetz der Hunnen und Vandalen, das Gesetz der Wilden», polterte der Präsident des Arbeitgeberverbandes «National Association of Manufacturers» im Jahr 1903. «Ihre Geschichte ist mit Blut und Niedergang befleckt. [...] Mit ihrer Taktik des Zwangs und der Einschüchterung nimmt sie alle Klassen in Beschlag [...] und nimmt einem unabhängigen Denken sowie der amerikanischen Männlichkeit die Luft zum Atmen.»¹⁹ Derartige Aufwallungen kippten endgültig ins Hysterische, als Ende Juni 1905 mit den «Industrial Workers of the World» (IWW) eine neue Gewerkschaft von sich reden machte. Die «Wobblies», wie sie aus unerfindlichen Gründen genannt wurden, verstanden sich selbst als Basisdemokraten, als Propagandisten betrieblicher Selbstverwaltung von Arbeitern und als Antipoden zum Führungsanspruch politischer Parteien. Dass sie in der Öffentlichkeit zu bombenlegenden Anarchisten und Wiedergängern der «Molly Maguires» karikiert wurden, entsprach dem Ungeist der Zeit, hatte aber mit der Realität nichts zu tun. Von wegen einheitliche Kaderorganisation. Bei den «Wobblies» waren Linke jeglicher Couleur willkommen, Sozialdemokraten, Anarchisten, Syndikalisten, Sozialisten und Kommunisten, aber auch Unpolitische, die sich mit den Zumutungen der Arbeitswelt nicht abfinden wollten. Und von wegen Terrortruppe. Für die ihnen zur Last gelegten Brandanschläge und Attentate – etwa den Mord am ehemaligen Gouverneur von Idaho, Frank Steunenberg – gab es keine gerichtsfesten Beweise. Oder die Gewaltakte gingen auf das Konto von Spitzeln im Dienst der Polizei.²⁰

Gehasst, verfolgt und eingekerkert wurden Anhänger der IWW wegen ihres Kampfes für die «One Big Union». Seit den «labor wars»

der 1870er Jahre stand die Forderung nach Branchengewerkschaften im Raum, nach einer Alternative zu dem Flickenteppich aus betrieblichen, von Ort zu Ort unterschiedlichen Interessenvertretungen. Diese gewaltsam unterdrückte Kampagne schrieben die IWW weiter. Eines fernen Tages, so die Vision, sollte die «Eine Große Gewerkschaft» in sämtlichen Industriezweigen die Tarife abschließen. Der erste Schritt auf einem langen Weg war so herausfordernd wie grundstürzend – die «Wobblies» nahmen alle auf, Facharbeiter und Ungelernte, Männer und Frauen ohne Rücksicht auf Herkunft und Ethnie, Sesshafte, Wanderarbeiter und Tagelöhner, Alteingesessene genauso wie jüngst Eingewanderte. Damit unterliefen sie nicht nur die bei Unternehmern beliebte Praxis, unterschiedliche Fraktionen der Belegschaft gewinnbringend gegeneinander auszuspielen. «One Big Union» bedeutete darüber hinaus einen Frontalangriff auf «white supremacy», auf die Vorherrschaft von Weißen und auf den Kodex rassistischer, in allen Lebenswelten fest verankerter Diskriminierungen. Eherne Regeln politischer und sozialer Disziplinierung aufgekündigt zu haben, das war die Ursünde der «Wobblies» – und nicht ihre Tagträume von einer vergesellschafteten Industrie, für die sich jenseits ihrer Spitzenaktivisten ohnedies kaum jemand interessierte. Wie nicht anders zu erwarten, kam es unter dem Eindruck dieser Entwicklung zu neuerlichen Exzessen gegen die Arbeiterbewegung.²¹

«Bist du Mitglied in irgendeiner Gewerkschaft?» – «Um Himmels willen, nein!» – «Warst du denn irgendwann bei irgendeiner dabei?» – «Nein Sir, niemals.» – «Das musst du schwören, andernfalls kannst du hier nicht arbeiten. Verstanden?» – «Klar. Mach' ich.»²² Der Schriftsteller Upton Sinclair, Autor dieses Dialogs zwischen einem Bergmann und dem Aufseher einer Kohlengrube, gilt als literarischer Chronist amerikanischer Klassenkämpfe. Oder als Beobachter mit einem soziologischen Röntgenblick für Gegenwärtiges und Kommendes. In seinem Roman «King Coal» zeichnete er die Lebens- und Arbeitswelt in den Bergwerken des Mittleren Westens um die Jahrhundertwende, Orte der Vorhölle, wo die Beschäftigten immerzu zwischen Erniedrigung, Verachtung und krudester Ausbeutung wählen mussten – so sie denn nicht bei Schlagwetter-

explosionen erstickten oder verbrannten, weil ihren Chefs der Einbau von Filteranlagen zu kostspielig gewesen war. Wer lange genug überlebte, rieb sich bis zu 16 Stunden am Tag siebenmal die Woche für Hungerlöhne auf, die gerade mal für überteuerte Lebensmittel in grubeneigenen Läden und als Miete für Behausungen reichten, in denen Ratten wie andere Überträger tödlicher Krankheiten ein untergründiges Regiment führten. Diesen Lohnsklaven hat Sinclair ihr bleibendes Denkmal gesetzt, mit einer nirgendwo sonst präsenten Ausdruckskraft und Empathie. Nicht zuletzt erinnert er an das Schicksal von Widerständigen oder jenen, die grundlos ins Visier von Minenbesitzern und ihren Handlangern gerieten: «Denk dran», sagte der Marschall, «dass der Canyon dein einziger Ausweg ist. Und wenn du dich hier noch einmal blicken lässt, kriegst du eine Kugel ab.»²³

Im Herbst 1913 wurden derlei Drohungen im Bergbaugebiet des südlichen Colorado bitterer Ernst. Die Belegschaft der «Colorado Fuel & Iron Company», Einwanderer aus 21 Ethnien mit einem hohen Anteil von Italienern, Griechen, Russen, Kroaten, Polen, Serben und Ungarn, hatten die Arbeit niedergelegt. Dass der zum Rockefeller-Konzern gehörende Betrieb eine schwer erträgliche Lohnpolitik diktierte, nahm man hin. Auch andere Grubenbesitzer zahlten nicht für alle unter Tage verbrachten Stunden – wozu das aufwändige Absichern der Stollen gehörte –, sondern nur für die Menge der geförderten Kohle. Unruhe aber gab es wegen der allabendlichen Betrügereien beim Wiegen der Loren und weil die Geschäftsführung partout keine unparteiischen Waagemeister akzeptieren wollte. Als auch noch ein Gewerkschafter der «United Mine Workers», Gerüchten zufolge im Auftrag des Unternehmens, ermordet wurde, gingen die Arbeiter zum Gegenangriff über, entschlossen, sich von Repressalien nicht einschüchtern zu lassen. An die 12 000 Kumpel mussten daraufhin die werkseigenen Behausungen räumen und suchten mit ihren Familien vor dem nahenden Winter in hastig errichteten Zeltlagern Unterschlupf, Streikbrecher führen in die Minen ein, geschützt von Schlägertrupps einer Firma aus West Virginia namens «Baldwin-Felts Detective Agency», der Staat Colorado schickte zwei Kompanien seiner Nationalgarde,



Nationalgardisten des Bundesstaates Colorado und Streikbrecher nehmen ein Zeltlager von Minenarbeitern ins Visier. Ludlow, Colorado, 20. April 1914.

deren Sold von der Familie Rockefeller beglichen wurde. Zunächst sah alles nach einem harten, für die damaligen Verhältnisse normalen Arbeitskampf aus.

Doch binnen weniger Wochen herrschte wieder einmal Krieg, ein mit militärischen Mitteln ausgefochtener Klassenkrieg. Werkschutz und Milizen benahmen sich, als ginge es gegen unversöhnliche Feinde auf Leben oder Tod. Sie fuhren in gepanzerten Wagen zu den Zeltstädten, feuerten Gewehrsalven auf alles, was sich bewegte, stellten in umliegenden Tälern den Streikenden nach, schlugen und folterten sie, kerkerten sie ein und vergewaltigten ihre Frauen. Am Morgen des 20. April 1914, die Arbeiter hatten soeben das orthodoxe Osterfest begangen, griff die Nationalgarde das größte Lager am Rand der Kleinstadt Ludlow mit Maschinengewehren an. Den Verteidigern nutzten ihre kleinkalibrigen Schießprügel wenig. Bis in den frühen Abend zog sich das Feuergefecht hin, Frauen und Kinder entgingen ihm nur, weil sie in den Wochen zuvor vorsichts-

halber Erdhöhlen unter den Zelten ausgehoben hatten. In der Dämmerung rückte die Miliz mit Fackeln an und setzte die Zelte in Brand, es waren Szenen, wie man sie aus den Feldzügen gegen Indianer kannte. Oder wie sie sich während des Spanisch-Amerikanischen Krieges auf den Philippinen als Strafe für einheimischen Widerstand abgespielt hatten: Wer stört, muss weg.

Die Zahl der Toten an diesem Tag wird auf 32 geschätzt, Genaueres wird wohl nie zu ermitteln sein. Dass es nicht viel mehr waren, grenzt an ein Wunder. Der anschließende Aufstand im gesamten Kohlrevier konnte erst durch den Einsatz von Bundestruppen beendet werden. Mit ihrer Hilfe setzte sich John D. Rockefeller Jr. auf ganzer Linie durch. Ausgehungert und am Ende ihrer seelischen Kraft gaben die Belagerten Mitte Dezember 1914 auf, schutzlos für lange Zeit, denn ihre Gewerkschaft, die «United Mine Workers», kam in Colorado erst 15 Jahre später wieder auf die Beine. Mindestens 66 Menschen waren in den langen Monaten des Streiks ermordet worden.²⁴

Anders als während der Klassenkämpfe vergangener Jahrzehnte hatten sich die Koordinaten auf der politischen Landkarte verschoben. Als 1901 die «Socialist Party of America» gegründet wurde, mochten nur wenige an einen Umschwung glauben. Allzu oft waren frühere Anläufe versandet, noch nicht einmal im ausgehenden 19. Jahrhundert schien die Zeit reif für ein linkes Gegengewicht zu den tonangebenden Parteien der Demokraten und Republikaner – trotz der damals populären Kritik an Banken und Monopolen, trotz der weit verbreiteten Unzufriedenheit über die Auswüchse des «Gilded Age».²⁵ Umso mehr beeindruckte der rasche Aufstieg der Sozialisten. Binnen weniger Jahre gewannen sie 100 000 Mitglieder, ihr Vorsitzender, der charismatische Gewerkschaftsführer Eugene V. Debs, erzielte bei seiner ersten Präsidentschaftskandidatur 1908 bereits einen Achtungserfolg und konnte vier Jahre später mehr als doppelt so viele Wähler von sich überzeugen: 900 000 oder sechs Prozent aller Urnengänger, in Louisiana und Oklahoma lag Debs noch vor dem republikanischen Konkurrenten. Und das alles, ohne rassistische und nativistische Grundstimmungen zu bedienen, wie sie in anderen Reformbewegungen seit jeher grassierten. 1912 beklei-



Verwüstung nach dem Militäreinsatz in Ludlow, Colorado, 20. April 1914.

deten über 1000 Sozialisten in 30 Staaten kommunale Ämter, 56 Bürgermeister in mittleren und größeren Städten kamen aus ihren Reihen. Dreißig sozialistische Abgeordnete zogen in die Parlamente von zwölf Bundesstaaten ein, einer vertrat im nationalen Repräsentantenhaus seinen Wahlkreis aus Milwaukee. Und das war erst der Anfang, wie sich bald zeigen sollte. Offenbar hatte die Partei mit ihrem Reformprogramm und einer bedingungslosen Festlegung auf die parlamentarische Demokratie einen Nerv getroffen.²⁶

Abseits der Sozialisten ging die Angst vor einem möglichen Machtverlust um. Diese Nervosität spielt im literarischen Werk von Jack London eine wichtige Rolle. Der mit Sozialreportagen, Abenteuergeschichten und Science-Fiction beliebteste Autor jener Zeit sah in seinem 1907 publizierten Roman «The Iron Heel» einen Bürgerkrieg heraufziehen, eine Konfrontation unversöhnlicher Gegner, an deren Ende die Arbeiterbewegung den Kürzeren zieht und unter genagelten Militärstiefeln zermalmt wird – Gewerkschaften, die Sozialistische Partei, unabhängige Linke, einfach alle. «Wir werden Ihnen zeigen, was Kraft ist», lässt er den Hauptaktionär einer Baum-

wollspinnerei an die Adresse des Protagonisten sagen. «Das Gebrüll der Granaten und Schrapnells, das Knattern der Maschinengewehre wird unsere Antwort sein. [...] Die Welt ist unser, wir sind ihre Herren, und unser soll sie bleiben. Seit Anbeginn der Geschichte hat das Heer der Arbeiter im Staube gelegen, [...] und im Staube soll es bleiben. [...] Das königliche Wort – Macht. Nicht Gott, nicht Mammon, sondern Macht. Nehmen Sie es auf die Zunge, bis sie Ihnen prickelt: Macht!»²⁷ Der Angesprochene zahlt verbal mit gleicher Münze zurück, so nimmt das Verhängnis seinen Lauf, bis schließlich alle mordbrennend übereinander herfallen. Und als ihre Welt in Trümmern liegt, rüsten sie zum nächsten Gefecht.

Jack London brachte seine Dystopie unter dem Eindruck des Vergangenen und mit einer Vorahnung für Kommendes zu Papier. In diesem Roman stehen alle Zeichen auf Sturm. Aber vermutlich hätte der Autor es sich selbst nicht träumen lassen, wie nahe er der Realität kam. Und dass er am Vorabend stürmischer Zeiten schrieb, fast schon im Angesicht der größten Repressionswelle, die es – abgesehen von den Treibjagden auf Schwarze nach dem Bürgerkrieg – in den Vereinigten Staaten je gegeben hat. Die Bühne bot der Erste Weltkrieg, mit neuen Akteuren in den Hauptrollen und alten, zeitgemäß redigierten Drehbüchern, darunter ein «War Plan White» des Kriegsministeriums zur Unterdrückung eines Aufstandes in den industriellen Zentren der USA.²⁸

Die «American Protective League»

Wir werden die Macht an der Heimatfront sichern, so lautete das Versprechen von Albert B. Briggs, als er im März 1917 beim Justizministerium in Washington vorstellig wurde. Noch war Amerikas Eintritt in den Ersten Weltkrieg nicht verkündet, aber dass es sich nur noch um Wochen handeln konnte, stand fest. Briggs, Vizepräsident einer Werbefirma aus Chicago, hatte im Spanisch-Amerikanischen Krieg kurz vor der Jahrhundertwende auf Kuba Guerillas bekämpft und am Männlichkeitsideal seiner Generation Gefallen gefunden. Für den bevorstehenden Einsatz in Europa kam er aus Altersgründen genauso wenig infrage wie sein Geschäftspartner Thomas Crockett, der das Selbstbild eines wiedergeborenen Kriegers pflegte – wie es sich für einen Nachfahren des legendären Davy Crockett, tragischer Held in der gegen Mexikaner verlorenen Schlacht von Alamo im Jahr 1836, gehörte.¹ «Heimatfront» wollten Briggs und Crockett wortwörtlich verstanden wissen, als Schlachtfeld eines wahrhaftigen Krieges. Demnach wog die politische Vernichtung des Feindes im Inneren ähnlich schwer wie ein Triumph über militärische Feinde fern der Heimat: «dead forever».²

Auf den ersten Blick kommt dieses Weltbild wie ein Wimmelbild daher. Als Ziele im Kampf kamen alle infrage, die in irgendeiner Weise die Kreise der Regierung störten oder aus anderen Gründen als unzuverlässig galten: Einwanderer aus Feindnationen wie Deutschland, Österreich oder Ungarn, Pazifisten, Suffragetten, Kriegsdienstverweigerer, Bibelforscher, ethnische Minderheiten, nicht zu vergessen Spione und Agenten im Dienst auswärtiger Mächte. Zum Problem wurde das chaotische Durcheinander vorgeblich aus zwei Gründen: Weil Gewerkschafter im Verein mit der politischen Linken das Immunsystem der Nation geschwächt und

den Boden für tödliche Infektionen aller Art bereitet hätten; und weil die sogenannten Durchschnittsamerikaner in ihrer Gutgläubigkeit, Naivität und Großzügigkeit dieser Belastung nicht gewachsen wären. Die Lösung lag auf der Hand: Mit den multiplen Konfliktherden konnte man nur fertig werden, wenn der eigentliche Erreger ausgeschaltet war, namentlich im gut orchestrierten Kampf der «respektablen Klassen» gegen die «gefährlichen Klassen», wie es damals hieß.³

Ein Bündnis der «Respektablen» konnten Albert B. Briggs und seine Mitstreiter fast im Handumdrehen auf die Beine stellen. Sie warben in allen Landesteilen, in Städten und Dörfern, rekrutierten Kaufleute, Banker, Geistliche, Lehrer, Rechtsanwälte, Hoteliers, Feuerwehrmänner, Verleger, Schauspieler, Ärzte, Immobilien- und Versicherungsmakler, Barmixer, Handwerker, Vertreter, Manager, Polizisten, Richter, Journalisten, Soldaten, Kleingewerbetreibende, Chefs großer Firmen und Aufsichtsräte von Aktiengesellschaften. Amerikas Mittelstand, so kann man ohne Übertreibung festhalten, gab sich ein Stelldichein mit Bossen der Wirtschafts- und Finanzwelt. Verteilt auf alle Bundesstaaten und mit über 250 000 Mitgliedern war es, wie ihr offizieller Historiker stolz anmerkte, die «größte Truppe von Detektiven, die es jemals in der Welt gegeben hat».⁴ Ihr Name: «American Protective League» (APL).

Weiß, männlich, elitär

Die APL bildete das damalige Amerika wie ein politischer Mikrokosmos ab – weiß und dominiert von Männern über 35 Jahren. Anfänglich waren auch Frauen aufgenommen worden, viele drängten ihre Dienste nachgerade auf. Doch nach wenigen Monaten wurden Bewerberinnen der Reihe nach abgewiesen, um «einer Desorganisation unter männlichen Mitgliedern» vorzubeugen, wie es in einer internen Anweisung hieß. Was aber nicht bedeutete, dass sie als Organisatorinnen des männlichen Alltags, etwa bei Reiselogistik und Verpflegung, entbehrlich gewesen wären.⁵ Oder als Zuträgerinnen von Informationen. Schwarze Antragsteller hingegen konnten sich mühen, wie wollten, sie bekamen keine Chance. Gemeinhin speiste

man sie mit Hinweisen auf bereits volle Mitgliederkontingente ab – absurd für einen Verband, der von schnellem Wachstum nicht genug bekommen konnte. Tatsächlich gaben rassistische Motive und der Generalverdacht staatsbürgerlicher Unzuverlässigkeit den Ausschlag, wie eine markant unterstrichene Randnotiz auf dem Bewerbungsschreiben eines «farbigen Mannes» aus Oakland nahelegt: «NEIN».⁶ Wie auch immer, sechs Monate nach ihrer Gründung war die APL in fast allen Bundesstaaten und an ungefähr 1500 Orten aktiv. Niederlassungen in größeren Städten brachten es mindestens auf 3000, bisweilen auf 10 000 Mitarbeiter. Bewunderer schwärmten im Rückblick von einer «unerforschten Region» oder dem «wahren Herz Amerikas».⁷

Führungspositionen wurden konsequent mit sozialen und wirtschaftlichen Eliten aus der lokalen Geschäftswelt und exquisiten Clubs wie den Elks, Kiwanis oder Rotariern besetzt. Diese Milieus mussten nicht beworben werden, die Freiwilligen meldeten sich in Scharen. Ein Industrieller aus Salina, Kansas: «Es gibt ausländische Elemente in dieser Gemeinde, die nicht mit der Regierung sympathisieren, und es gibt eine Reihe von Geschäftsleuten in Salina, die der Meinung sind, dass eine Organisation unter der Leitung Ihrer Liga viel Gutes bewirken und der Regierung eine große Hilfe sein könnte.» Ein Firmenchef aus New York City: «Unser Mitarbeiter Herr Janney [...] verbringt den größten Teil seiner Zeit mit Reisen zu verschiedenen Niederlassungen. [...] Herr Janney hat viel Gelegenheit, in Zügen und Hotels Gespräche zu belauschen und Informationen aufzuschnappen.» Ein Vertreter der Industrie- und Handelskammer aus Tonawanda im Staat New York: «Unsere Mitarbeiter haben von Zeit zu Zeit von Empfängen durch bestimmte Bürger germanischer Herkunft berichtet, die nahe an der Grenze zur Illoyalität lagen. [...] Wenn wir dazu beitragen können, unsere Situation hier zu kontrollieren, werden wir sehr gerne eine Zweigstelle der American Protective League organisieren.»⁸ Folglich war es auch kein Problem, den enormen Finanzbedarf der Organisation zu decken. Großzügige Spender – darunter der Automagnat Henry Ford und die Vorstandsvorsitzenden der First National Bank und der North Western Railway – füllten entweder selbst den auf meh-

rere Millionen Dollar taxierten Jahresetat oder legten für einschlägige Kampagnen ein gutes Wort ein.⁹

Organisiert war die APL nach militärischem Vorbild. Regionen und Städte wurden in sogenannte Zonen aufgeteilt, den Leitern lokaler Niederlassungen unterstanden «Captains» und «Lieutenants», die ihrerseits für diverse «Kompanien» die Verantwortung trugen. «Company A» war für die Überwachung von Hotels, Restaurants und Bahnhöfen zuständig, «Company B» für Industrieanlagen, «Company C» für Transport- und Kommunikationswege, «Company D» für die Stahlindustrie und «Company E» für Chemiebetriebe. In diesen Einheiten leisteten schätzungsweise 200 000 «Operatives» die Hauptarbeit.¹⁰ Sie sammelten Material gegen Verdächtige, überwachten Wohngebiete, organisierten Razzien und traten als Streikbrecher in Erscheinung. Dass sich Sektionsleiter manchmal wie kleine Feudalherren aufspielten und andere ebenfalls über die Stränge schlugen, wurde nicht nur hingenommen. Es war zwecks Abschreckung und Einschüchterung sogar erwünscht. «Die League hat sich», so die selbstgewisse Entgegnung auf Kritiker, «über ein paar unbedeutende Gesetze und Vorschriften hinweggesetzt? Vielleicht. Aber sie hat ein viel größeres Gesetz unter dem Druck einer einzigartigen Herausforderung verteidigt.»¹¹

Ein höheres Gesetz zu verteidigen, entsprach in jeder Hinsicht dem Programm und Selbstverständnis der APL. Ihre Mitglieder sahen sich als Fußsoldaten des Guten und Retter eines von Feinden umzingelten Gemeinwesens. Die meisten waren im späten 19. Jahrhundert politisch sozialisiert worden, in den Jahren eines religiös aufgeladenen Patriotismus, verwoben mit Fremdenfeindlichkeit und militärischen Männlichkeitsbildern. Wie aus Aufnahmeanträgen ersichtlich, sahen sie die Heimatfront als Ort der Bewährung für Gott und Vaterland. «Ich war zu jung, um im Spanisch-Amerikanischen Krieg von Nutzen zu sein, und schein auch jetzt kaum von Nutzen zu sein. [...] [Eine Mitarbeit bei der APL] würde es mir ermöglichen, meinen Beitrag zu leisten.»¹² Was in solchen Schreiben nicht explizit zur Sprache kam, waren anders gelagerte Bedürfnisse – die Chance zum Austoben von Machtphantasien zu haben, in die Rolle von Hilfssheriffs schlüpfen zu dürfen oder im Gewand

des aufrechten Patrioten soziale Anerkennung und Respekt einzuheimsen. Diese Facetten verarbeitete Upton Sinclair in seinem Sittenbild «100 %: The Story of a Patriot». Sein Protagonist Peter Gudge bricht im Dienst der Demokratie zu einem Kreuzzug auf, er ist autoritätshörig, leicht manipulierbar, opportunistisch und von einem kämpferischen Drang beseelt, dem wuchernden Sozialismus Einhalt zu gebieten. «Die Gesellschaft ist wie ein Garten. Jedes Jahr, wenn man sein Gemüse anpflanzt, sprießt auch Unkraut, und man muss durch die Reihen gehen und dem Unkraut die Köpfe abreißen.»¹³

Damit war das von der APL gepflegte Feindbild trefflich umrissen. Pazifisten? Neue Einwanderer? Rebellische Gewerkschafter? Sozialisten? Alles «niedrige, degenerierte, perverse Gemüter», von «Habgier und Hass» getriebene Zeitgenossen, denen jedes Gefühl von «Ehre» und «Loyalität» abging.¹⁴ Ihnen schien das Land nicht nur wegen seiner gutmütigen, oft trägen Bürger hilflos ausgeliefert. Viel gravierender war in den Augen der APL die vermeintliche Inkompetenz derer, die für ein funktionierendes Gemeinwohl besonders in der Pflicht standen: Intellektuelle, Lehrer und Industrielle. Ein besonderer Furor galt den «Industriekapitänen» und ihrer von Profitgier getriebenen Praxis, «Arbeitsvieh statt Staatsbürger zu importieren» – Emigranten aus Russland sowie Süd- und Osteuropa, die weder des Englischen mächtig noch der amerikanischen Kultur zugeneigt waren. Die Botschaft war so brachial wie die Beschreibung: Dieses Land gehört uns allein, wir holen es uns zurück. «Die fremden Horden kommen einzig den Multimillionären zugute, den Trusts und Monopolen; dass sie aber für den Frieden, das Glück und Wohlergehen dieses Landes nötig sind, ist alles andere als klar. [...] Und der Amerikaner, wo bleibt er?»¹⁵ Dass ausgerechnet Millionäre großzügig in die Kassen der APL einzahlten und damit ihr Geschäftsmodell einer völkisch-populistischen Agitation aussetzten, klingt paradox. Ist es aber nicht, denn die Querfront gegen den gemeinsamen Feind auf der Linken wog allemal schwerer.

Wer sich einen Verrat am wahren Volkskörper ausmalt und nach aufrechten Rittern ruft, neigt zur Selbstermächtigung. Dementsprechend adelte die APL den Widerstand «intelligenter, gut erzogener

und nachdenklicher Bürger, der wahrhaftigen Demokraten und der wirklichen Amerikaner, der Unbekannten und Namenlosen.»¹⁶ Wort-hülsen im Geist einer endzeitlichen Beschwörung: Amerika, ein Land, das aus seinem politischen Tiefschlaf erweckt werden muss, eine Gesellschaft, die Hilfe beim Erwachsenwerden benötigt, eine Gemeinschaft, die um ihr Erbe und Überleben kämpft, mit der «American Protective League» als Erlöser. «Es war, als ob dieser Schrei direkt vom Himmel kam: Ich brauche euch, meine Kinder! Helft mir, meine Kinder!»¹⁷ Verkitschte Metaphern unterstrichen die Kompromisslosigkeit des Anliegens: Die zur Rettung Berufenen sind nicht bloß Hüter des Gesetzes, in der Stunde der Not dürfen und müssen sie das Gesetz selbst in die Hand nehmen.

Bürger, die einer selbstvergessenen Gesellschaft und einem unbedarften Staat auf die Sprünge helfen – dieses Modell war keine Erfindung der APL. Es steht vielmehr in der Tradition des aus England importierten «Common Law» und einer für Rechtsstaaten ungewöhnlichen Maxime: Bei der Gefährdung innerer Sicherheit sollen Bürger dem Staat zur Seite stehen, Justiz und Polizei dürfen ihre Hilfsdienste jederzeit in Anspruch nehmen. Ursprünglich «Posse Comitatus» oder kurz «Posse» genannte Aushilfskräfte kamen wiederholt zum Einsatz, etwa in den 1870er Jahren, als eine zeitweise 400 Mann starke Truppe zur Jagd auf die Bankräuber Jesse und Frank James herangezogen wurde. Oder während des Ersten Weltkrieges, als der Bürgermeister von Philadelphia eine Mobilisierung von 21 000 Freiwilligen anordnete, um die Stadt gegen «Rote» und andere Unruhestifter zu verteidigen. Das bislang letzte Mal stellte 1977 ein Sheriff in Aspen, Colorado eine «Posse» für die Fahndung nach einem Massenmörder zusammen – und billigte das längst zur Gewohnheit gewordene Mitführen privater Waffen.¹⁸

Hilfstruppen der Regierung

Letzteres ist erwähnenswert, weil es auf die Kehrseite derartiger Hilfen verweist. Die Verpflichtung durch den Staat kann unter der Hand in ein Recht auf eigenmächtiges Handeln seitens der Privaten umgedeutet werden. Tatsächlich wurde das «Common Law» in den

USA immer wieder in diesem Sinne ausgelegt: Sobald der Staat, real oder imaginiert, seiner Schutzfunktion nicht nachkommt, dürfen Bürger eigenständig aktiv werden. Statt die Obrigkeit zu unterstützen, können sie an ihrer statt handeln – und mit Verweis auf legitime Notwehr das staatliche Gewaltmonopol aushebeln. So gesehen geht alle Gewalt buchstäblich vom Volke aus, im Namen von Freiheit, direkter Demokratie und Volkssouveränität heiligt der Zweck sämtliche Mittel, Gerechtigkeitsempfinden steht im Zweifel über dem Recht. Ins Selbstverständnis der APL übersetzt, folgt daraus: «Die Grenze zwischen formellem, geschriebenem Recht und Naturrecht ist bestenfalls dünn.»¹⁹

Als Albert B. Briggs sein Konzept für eine schlagkräftige «Posse», genannt «American Protective League», in Washington vortrug, rannte er offene Türen ein. Denn dem Staat fehlte es an Mitteln und Personal zur Disziplinierung der Heimatfront. Das «Bureau of Investigation», dem Justizministerium unterstellt, hatte mit gut 300 Mitarbeitern im Jahr 1917 den Namen Bundespolizei nicht verdient. Einem raschen Ausbau standen bürokratische Rangeleien im Weg, nämlich mit dem «Secret Service», damals noch unter den Fittichen des Schatzamtes, und den Nachrichtendiensten des Militärs, die unisono eine Beschneidung ihrer Kompetenzen beklagten. Davon abgesehen, argwöhnten viele Kongressabgeordnete, dass ein erweiterter Sicherheitsapparat die Exekutive auf Kosten des Parlaments aufwerten und die von der Verfassung vorgesehene Kontrolle der Regierung unterlaufen würde. Deshalb sah Justizminister Thomas Gregory in der APL von Anfang an die Lösung seiner Probleme. «Gerade heute sollten Patrioten keine Mühen scheuen, um der Regierung in der schwierigen Zeit, die vor uns liegt, zu helfen.» Kostengünstig und effizient würde der verlängerte Arm der Regierung arbeiten – und allen «Illoyalen» Mores lehren: «Möge Gott ihnen gnädig sein, denn von einem empörten Volk und einer rächenden Regierung haben sie keine Gnade zu erwarten.»²⁰

Also verlegte die APL ihren Hauptsitz im März 1917 von Chicago in die Hauptstadt Washington. Briefpapier und Publikationen wiesen darauf hin, dass man mit offizieller Rückendeckung die Arbeit aufnahm und der Leitung des «Bureau of Investigation»

unterstand. Mitglieder erhielten ein dem Sheriffstern nachempfundenen silbernes Abzeichen mit dem Prägedruck «American Protective League – Secret Service». Geheimdienst? Das war einigen Bürokraten zu viel des Guten, doch ihr Protest nutzte wenig. Zehntausende dieser Erkennungsmarken waren bereits in Umlauf und wurden weiterhin ungeniert eingesetzt. Vom Leiter des «Bureau of Investigation» war kein Rüffel zu erwarten, so begeistert wie er den Auftritt seiner Handlanger kommentierte.²¹ Allmählich verdichtete sich der Eindruck, dass die APL einen Blankoscheck verlangt und bekommen hatte. Woodrow Wilson stellte ihr aus dem Kriegssonderfonds des Präsidenten 275 000 Dollar zur Verfügung, das Postministerium berechnete für den Versand von Massendruck-sachen keine Gebühren und alsbald durfte sie sich «Auxiliary to the Justice Department» nennen, «Hilfskraft des Justizministeriums». Und so weiter und so fort in einer schier endlosen Bekundung von Lob, das von führenden Zeitungen gespiegelt und verstärkt wurde.²²

Die Gründung der APL fiel zusammen mit einer «Explosion martialischer Wildheit», so der Journalist Adam Hochschild.²³ In der Tat. Nachdem der Präsident am 2. April 1917 Amerikas Eintritt in den Krieg erklärt hatte, kippte die öffentliche Stimmung fast über Nacht. Nichts mehr war zu spüren von der Zurückhaltung und dem abwägenden Diskurs der zurückliegenden Jahre, einer Zeit, als nur sechs von tausend befragten Zeitungsherausgebern für eine militärische Intervention in Europa plädierten, als Antikriegsdemonstrationen massenhaften Zulauf bekamen, als Gesetzesvorlagen für eine allgemeine Wehrpflicht im Kongress scheiterten und selbst eine Erhöhung der Rüstungsausgaben auf starken Widerstand stieß – selbst nachdem deutsche U-Boote das Passagierschiff «Lusitania» im Atlantik versenkt hatten.²⁴ Alles vergessen und verdrängt, stattdessen wurde das Land von einem politischen Fiebertraum heimgesucht, in dem Spione an jeder Straßenecke lauerten, feindliche Ausländer Sabotage betrieben und Fahnenflüchtige die Wehrkraft zersetzten. Wer nach einer angemessenen Beschreibung suchte, wurde bei dem Philosophen John Dewey fündig. Er sprach von einer «Einberufung des Denkens».²⁵

Dass es so schnell so weit kommen konnte, geht zweifelsfrei auf

das Konto einer gut orchestrierten Propaganda von oben. Das «Committee on Public Information», auf Betreiben von Woodrow Wilson im Frühjahr 1917 eingerichtet, zog alle Register der damaligen Werbeindustrie. Kein öffentlicher Ort, der nicht mit Plakaten und Aushängen drapiert worden wäre, keine Zeitung, keine Zeitschrift ohne Auftragsarbeiten von Künstlern, Journalisten, Schriftstellern oder Professoren, von der Flut anderer Schriftstücke abgesehen. Auf 100 Millionen Einwohner kamen 75 Millionen Druckerzeugnisse, überwiegend Pamphlete, aber auch dickleibige Enzyklopädien, die ihr jeweiliges Publikum von der absoluten Selbstlosigkeit amerikanischer Patrioten und der nicht minder absoluten Ruchlosigkeit ihrer Feinde überzeugen sollten – quantitativ Weltrekord. Fachlich gedrillt von Historikern und sprachlich geschult von Rhetorikern, zogen 75 000 «Four Minute Men» kreuz und quer durch das Land und agitierten jeden in Hörweite mit vierminütigen Redesalven, angeblich sieben Millionen Mal bis Kriegsende oder gut zehntausend Mal täglich. Massenveranstaltungen mit weit über 100 000 Teilnehmern waren ebenfalls keine Seltenheit.²⁶ Was immer dort verkündet wurde, eines gehörte zum Standardrepertoire: der Appell aus dem Weißen Haus, das öffentliche und private Umfeld genau zu beobachten, Kritik an der Regierung zurückzuweisen oder Behörden gegebenenfalls davon in Kenntnis zu setzen. «In den Vereinigten Staaten gibt es Illoyalität, und diese muss unbedingt zerschlagen werden. [...] Sie wirkt im Untergrund, aber sie zeigt ihr hässliches Haupt auch dort, wo wir sie sehen können. [...] Sorgt dafür, jeder Einzelne von euch und alle zusammen, dass niemand bei uns toleriert wird, der unserer Flagge keine Ehrerbietung erweist.»²⁷ So hatte es der Präsident seit Jahr und Tag gefordert, so klang es nun auf allen Kanälen.

Für eine Selbstmobilisierung von unten, an den viel zitierten Graswurzeln des politischen Lebens, wirkte dergleichen wie psychologischer Dünger. Landesweit schlossen sich Bürger in Aktionskomitees zum Kampf gegen «un-amerikanische» Umtriebe jedweder Art zusammen. Die finanzkräftigen «American Defense Society» und «National Security League» konnten sich den Versand von Massendrucksaen an Journalisten, Lehrer und Geistliche sowie

die Organisation aufwändiger Kundgebungen leisten, mitunter landeten ihre Broschüren als unternehmerische Beigabe in den Lohnbüten von Arbeitern und Angestellten. Die Empfänger fanden Informationen über den «Feind in unserer Mitte», gerahmt mit einer kämpferischen Parole: «These colors will not run» – «Unsere Fahne läuft vor keinem davon». Davon abgesehen sprossen kleine und mittelgroße Vereinigungen wie Pilze aus dem Boden. Sie nannten sich «Aufpasser», «Wächter», «Verteidiger», stets in Kombination mit Attributen wie «heimatverbunden», «loyal», «patriotisch», «wachsam», «abwehrbereit», «freiheitlich», «zuverlässig», «freiwillig». Vereinzelt betrat auch «Nachwuchsspione», «unheilvoll Drohende» und «rastlose Zerstörer» die Szene, fast karnevaleske Umschreibungen bitterernst gemeinter Absichten.²⁸

Aus dem Alltag waren diese ungezählten Gruppen nicht wegzudenken. Die Phantasie eines zu allem bereiten und überall lauern den Feindes diktierte ihre Freizeitaktivitäten: Eisenbahnlinien, Staudämme, Kraftwerke und Brücken bewachen, in Rüstungsbetrieben den Werkschutz stärken, den Nachthimmel nach auffälligen Lichtsignalen absuchen, Verdächtiges in der Nachbarschaft protokollieren, Zeitungen auf verschlüsselte Nachrichten prüfen, Lehrer und Pfarrer zur Stärkung des Patriotismus ermahnen und vor allem Deutsch-Amerikaner, neue Einwanderer, Gewerkschafter und Linke tagein, tagaus im Auge behalten. Groben Schätzungen zufolge engagierten sich Hunderttausende; allein in den über alle Bundesstaaten verstreuten «Councils of Defense» sollen es knapp 200 000 gewesen sein. In mehreren Bundesstaaten, darunter New York, Ohio, Kansas, New Jersey, Kalifornien, Indiana, Oklahoma, Maine, New Hampshire und Washington, gingen zivile Selbsthilfegruppen in der «American Protective League» auf oder suchten deren Nähe. Sogar vor Bündnissen mit berüchtigten Extremisten wie den «Home Guards» aus South Dakota und dem «Citizens' Bureau of Investigation» in Atlanta, Georgia schreckte die APL nicht zurück, ungeachtet der Bedenken aus dem Justizministerium.²⁹ Doch Art, Verbreitung und Mitgliederzahl sagen nicht alles über diese Netzwerke; das soziale Prestige ihrer Mitglieder fiel ebenfalls, vielleicht noch stärker ins Gewicht. Jedenfalls schwärmte Justizminister Thomas

Gregory von dem am gründlichsten überwachten Land in der Geschichte – eine zumindest für die damalige Zeit zutreffende Behauptung.³⁰

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de